
Vorstoss-Nr: 229-2011
Vorstossart: **Interpellation**
Eingereicht am: 22.06.2011
Eingereicht von: Iannino Gerber (Hinterkappelen, Grüne) (Sprecher/ -in)
Weitere Unterschriften: 0
Dringlichkeit:
Datum Beantwortung: 30.11.2011
RRB-Nr: 1992/2011
Direktion: VOL

Bioplastik belastet die Umwelt

Die wichtigsten Grundnahrungsmittel der Welt, wie Mais oder Weizen, werden immer teurer. Über die vergangenen zehn Jahre stieg der Preis für Mais um 300 Prozent. Dafür gibt es mehrere Gründe: gesteigerte Nachfrage nach Fleisch in den Schwellenländern, Ernteschwankungen, Spekulationen und dass Mais zunehmend als Ersatz für Erdöl verwendet wird, statt der Ernährung zu dienen. Hauptsächlich die enorme Bioethanol-Produktion in den USA wird für die direkte Nahrungs- und Futtermittelkonkurrenz verantwortlich gemacht. Mittlerweile soll bereits 1/3 der US-Maisernte für den Benzintank abgezweigt werden. Die ökologischen und sozialen Folgen sind gravierend. Neue soziale Unruhen in Schwellen- und Entwicklungsländern werden befürchtet. Und die NZZ titelt, dass der hohe Maispreis zum Inflationsrisiko werde (NZZ vom 5. April 2011).

Der Nahrungsmittelkonzern DANONE möchte künftig Plastik aus Maisstärke für seine Verpackungen verwenden. Vorerst sollen nur Activia-Joghurt im Bioplastik aus Polymilchsäure (PLA) angeboten werden. Eine Ausweitung der Produktion ist jedoch offensichtlich. Auch andere Konzerne werden aufgefordert, ebenfalls PLA einzusetzen. European Bioplastic sieht eine Gesamtkapazität von 1,5 Millionen Tonnen pro Jahr für alle Bioplastik im Jahr 2011 als möglich¹, andere Quellen sprechen von 20 Prozent des Kunststoffmarktes bis zum Jahr 2020. Eine solche Entwicklung würde die vorherrschende Nahrungskonkurrenz zweifellos beträchtlich verschärfen.

Danone preist ihre Bioplastik-Verpackung als „nachhaltig“ und „umweltfreundlich“ an. Die Produktion des Grundstoffes PLA führt aber beim Pflanzenanbau zum Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden. Die aufwändige Verarbeitung und Produktion von PLA benötigt erhebliche Energiemengen. Die von Danone in Auftrag gegebene und gerne zitierte Ökobilanz bestätigt dies. In fünf von acht Wirkungskategorien verursacht die PLA-Verpackung eine höhere Umweltbelastung als der Erdöl-Kunststoff PS². Kommuniziert wird dies nicht direkt, sondern es werden nur einzelne Ergebnisse herausgeplückt, die das gewünschte Ergebnis unterstützen. Auch gemäss einer Studie der Pittsburgher Universität³ wurden die

¹ <http://www.european-bioplastics.org/index.php?id=621>

² Ökobilanz von Danone-Activia-Verpackungen aus Polystyrol und Polylactid ifeu, u.a. Seite 82

³ M. Tabone, J. Gregg, E. Beckman, A. Landis in Environmental Science & Technology (2010): Sustainability Metrics: Life Cycle Assessment and Green Design in Polymers.



ökologischen Auswirkungen von verschiedenen Kunststoffen auf Pflanzenbasis untersucht. In der Gesamtbeurteilung aller untersuchten Faktoren (Versauerung, Eutrophierung, Treibhausgaspotenzial, Ozon-Abbau, Smog, Verbrauch fossiler Rohstoffe, Kanzerogenität, Öko-Toxizität) befinden sich Bio-Kunststoffe lediglich im Mittelfeld und schneiden nicht besser ab als Plastikverpackungen aus Rohöl.

Ich bitte den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Anerkennt die Regierung, dass zwischen Nahrungsmittelkonkurrenz und steigenden Preisen für Grundnahrungsmittel ein Zusammenhang besteht?
2. Ist die Regierung der Ansicht, dass für landwirtschaftliche Flächen der Vorrang für Nahrungsmittelproduktion gelten soll und nicht derjenige für Energiepflanzen?
3. Ist der Regierung bekannt, dass die Anpreisung angeblicher Umweltvorteile von Agroplastik-PLA gegenüber herkömmlichen Kunststoffen nicht standhält, wenn alle Umweltbelastungen berücksichtigt werden?
4. Wo kommen Danone-Produkte, die bereits in „Bioplastik“ (Plastik aus Mais) verpackt werden, in kantonalen Institutionen zum Einsatz?
5. Sehen die kantonalen Umweltprogramme eine Förderung von Bioplastik aus Nahrungsmitteln vor? Oder sieht der Kanton nicht eher eine Förderung des stofflichen Recyclings herkömmlicher Rohstoffe vor?

Antwort des Regierungsrates

Vorbemerkung

Eine gleichlautende Interpellation wurde am 5. Mai 2011 im Landrat des Kantons Basel-Landschaft eingereicht und am 28. Juni 2011 vom Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft ausführlich beantwortet. Die vorliegende Antwort lehnt sich an diese Ausführungen an, soweit es allgemeine und nicht auf den Kanton Bern bezogene Aussagen zum Thema „Bioplastik“ betrifft.

Zur Frage 1:

Der Regierungsrat teilt die Auffassung, dass zwischen Nahrungsmittelkonkurrenz und steigenden Preisen für Grundnahrungsmittel ein Zusammenhang besteht. Der Markt für biogene Rohstoffe ist seit Jahren weltweit in Bewegung. Die Entwicklung der Preise der fossilen Energieträger kann rasch zu unerwarteten Verschiebungen führen: Landwirtschaftliche Erzeugnisse werden nicht mehr der Ernährung von Mensch und Tier zugeführt, sondern für industrielle Zwecke genutzt. Die Spannungsfelder, die daraus resultieren, sind weltumspannend und haben wirtschaftliche, soziale und ökologische Komponenten. Eine davon ist die Konkurrenz, die zwischen der Verwendung der landwirtschaftlichen Produktion für Nahrungsmittel, industriellen Rohstoff (z.B. Mais) oder gar für Treibstoff (z.B. Zucker) entstanden ist.

Die Preise, die wir in der Schweiz für Grundnahrungsmittel zahlen, sind von der Konkurrenzsituation auf dem Weltmarkt bisher wenig betroffen, da die Grenzschutzmassnahmen nach wie vor stabilisierend wirken. Angesichts des weltweit generell steigenden Nahrungsmittelbedarfs, der immer wieder prekären Versorgungssituationen in einzelnen Weltgegenden und des grossen Drucks auf naturnahe Flächen ist die Verwendung landwirtschaftlicher Produkte als industrielle Rohstoffe oder Energieträger aber insgesamt sehr kritisch zu beurteilen.

Zur Frage 2:

Ja, der Regierungsrat vertritt die Ansicht, dass die Nahrungsmittelproduktion gegenüber der Energiepflanzenproduktion Priorität haben muss. Gemäss dem ersten Grundsatz der Teilstrategie Biomasse (vgl. Energiestrategie 2006, Umsetzung Bereich Biomasse, S. 16)

hat denn auch die stoffliche Nutzung von Biomasse Vorrang gegenüber der ausschliesslichen energetischen Nutzung.

Allerdings ist die Agrarpolitik und damit verbunden die Steuerung der Produktion fast ausschliesslich Bundessache. Die Kantone können die Nutzung der landwirtschaftlichen Flächen kaum steuern. Insgesamt strebt der Regierungsrat im Rahmen seiner Einflussmöglichkeiten eine nachhaltige Landwirtschaft an, welche den landwirtschaftlichen Betrieben als Nahrungsmittelproduzenten auch zukünftig ein angemessenes Einkommen sichert, gleichzeitig aber den wichtigen Stellenwert der Landwirtschaft für einen intakten Lebensraum berücksichtigt.

Zur Frage 3:

Der Regierungsrat teilt die Einschätzung, dass Kunststoffe auf der Basis von nachwachsenden Rohstoffen nicht generell umweltschonender sind. Ähnlich wie bei der Energieerzeugung aus nachwachsenden Rohstoffen ergibt sich am ehesten dann eine vorteilhafte Ökobilanz, wenn Abfall- oder Nebenprodukte aus der Landwirtschaft genutzt werden können, während die Bilanz bei einem speziellen Anbau von Rohstoffen für Bio-Plastik teilweise sogar schlechter ausfällt als für Kunststoffe aus fossilen Rohstoffen.

Als indirekte Belastung ist bei Bio-Kunststoffen weiter zu berücksichtigen, dass sie ein stoffliches Recycling von Kunststoffabfällen (wie es auch in der Schweiz immer wieder diskutiert wird) sehr stark erschweren oder gar verunmöglichen.

Zur Frage 4:

Auf dem Schweizer Markt sind heute verschiedenste Bio-Kunststoffprodukte anzutreffen, wie Universalbehälter, „Biobeutel“ für Obst und Gemüse, Cateringartikel (Teller, Becher, Salatschalen, Essbestecke, Trinkröhrli usw.), Tragtaschen oder Abfallsäcke. Dem Regierungsrat ist nicht bekannt, ob solche Artikel auch in kantonalen Institutionen verwendet werden.

Zur Frage 5:

Für den Regierungsrat sind die Vermeidung von unnötigen Kunststoffabfällen, vor allem im Verpackungsbereich, und die breite Förderung des stofflichen Recyclings herkömmlicher Rohstoffe sehr wichtig.

Dagegen gibt es im Kanton Bern keine Umweltprogramme, die eine direkte Förderung der Anbaubiomasse aus Mais, Getreide, Zuckerrüben oder Kartoffeln für die Biotreibstoff- und Biokunststoff-Produktion vorsehen. Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass der Regierungsrat das Substitutionsziel in die Energiestrategie aufgenommen hat, dass 5 Prozent des im Kanton Bern benötigten Treibstoffs bis 2035 aus Biomasse erzeugt werden, ohne dass dabei landwirtschaftliche Flächen der wirtschaftlichen Nahrungsmittelproduktion entzogen werden (vgl. Energiestrategie, S. 29).

An den Grossen Rat